

# Rede zum 1. Mai 2010 in Winterthur

Der diesjährige 1. Mai steht unter dem Motto Arbeit, Lohn und Rente statt Profit und Gier. Was aber bedeuten die Themen Arbeit, Lohn und Rente konkret für uns.

## **Arbeit:**

Wir arbeiten um zu existieren und im Idealfall bereichert diese Arbeit auch unsere Existenz. Fast alle hier auf dem Platz werden aber arbeiten müssen, in erster Linie um Geld zu verdienen. Darum brauchen wir gute, sinnvolle Arbeit und einen anständigen Lohn. Das erreichen wir wenn die Wirtschaft und der Staat statt in Steuergeschenke, Banken und Boni, in Bildung und nachhaltige Entwicklung investieren. Wir brauchen keine Waffenexporte ins Ausland, um Arbeitsplätze zu erhalten. Wir müssen Arbeitsplätze fördern, welche unserem Land mehr Unabhängigkeit von irren, erdölfördernden Staatschefs, mehr Umweltschutz, neue Arbeitsplätze, Berufe und Ausbildungen bringen.

Die Cleantech-Initiative ist so ein Instrument zur Förderung von zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen und wird darum von den Gewerkschaften, SP und Grünen unterstützt. Mit solchen Ansätzen können wir eine ökosoziale Wirtschaft fordern und fördern. Mit dieser Initiative können qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden und erlaubt dem Wirtschaftsstandort Schweiz in die Top-Liga der Hersteller von nachhaltigen Technologien einzuziehen. Es ist jetzt also Zeit, diesen Wandel endlich in Angriff zu nehmen, hin zu einer Stärkung des Werkplatzes Schweiz, hin zu ökologischen Technologien, hin zu nachhaltig sicheren und qualifizierten Arbeitsplätzen.

Zudem müssen wir die Unternehmen zwingen, verantwortungsvoller mit den Firmen, den Arbeitsplätzen und den Gewinnen umzugehen. Wer keinerlei Eigenkapital hat und jeden Gewinn gleich an seine Aktionäre ausschüttet, kann keine Krisenphase überstehen. Ich frage euch: Wo sind die Gewinne der letzten fetten Jahre geblieben? Unsere Wirtschaft lief bis 2008 wie geschmiert und wir Arbeitnehmenden haben dieses Wunder ermöglicht. Wir haben gut gearbeitet, wir haben viel geleistet und wir haben grosse Gewinne erwirtschaftet. Aber wir haben von diesen Gewinnen nicht profitiert. Profitiert haben die Spekulanten, die so genannten Manager, die Aktionäre, die Abzocker.

Das Stichwort Wirtschaftsdemokratie war in den letzten Wochen plötzlich in aller Munde. Reflexartig machten sich Wirtschaftsrosse, Verwaltungsräte, Medien und Politiker lächerlich über diese Forderung, höhnten das sei rückwärtsgewandt, altmarxistisch und so weiter.

Dabei ist das der einzige vernünftige und gangbare Weg für die Zukunft.

Nein, ich spreche nicht von Aktionärsdemokratie. Eine Aktionärsversammlung funktioniert nicht demokratisch und ist kein Garant für gescheite Entscheide. Aktionäre sind auf den kurzfristigen Gewinn fixiert. Aktionäre sind zu oft kaltblütige Spekulanten die kaum das langfristige Wohlergehen einer Firma im Auge habe.

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie geht also weit über die Aktionärsdemokratie hinaus. Echte Wirtschaftsdemokratie erlaubt die Mitbestimmung der Angestellten. Wirtschaftsdemokratie bedeutet Mitsprache bei der Ausrichtung der Firma, Teilhabe an Gewinnen und Mitverantwortung bei Verlusten. Wirtschaftsdemokratie erlaubt die verbesserte Steuerung durch breitere Partizipation und verhindert kurzfristige, hochspekulative Beteiligungen und die daraus folgende Vernichtung von Firmen, Werten und Arbeitsplätzen. Wirtschaftsdemokratie muss die Zukunftsvision für den Standort Schweiz sein.

## **Löhne**

Wer 100% arbeitet hat ein Recht auf einen existenzsichernden Lohn. Ein Lohn muss für ein anständiges, selbstbestimmtes Leben reichen. Workingpoors sind ein absolutes NoGo in einer zivilisierten Gesellschaft. Wir erleben aber das Gegenteil. Die Lohnschere hat sich in den letzten Jahren immer weiter geöffnet. In den börsenkotierten Unternehmen der Schweiz herrscht im Schnitt eine Lohnbandbreite von 1:56 vor. Das bedeutet, dass die Angestellten mit dem tiefsten Lohn ihr ganzes Leben lang nicht soviel verdienen, wie ihre Chefs in einem einzigen Jahr. Das ist ein Skandal!

Die Lohnschere öffnet sich aber nicht nur zwischen oben und unten. Seit einigen Jahren nimmt auch die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen wieder zu.

Dieser Lohnkuchen muss nun endlich gerecht verteilt werden. Die Lohnbandbreite muss beschränkt und die Gleichstellung endlich ernsthaft erkämpft werden. Die 1:12-Initiative der Juso ist ein erster wichtiger Schritt dazu. Quoten in den Chefetagen und Verwaltungsräten und die strikte Überwachung der Einhaltung des Gesetzes, welches gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit fordert, ein weiterer.

## **Rente und soziale Sicherheit**

In den letzten Monaten versuchen bürgerliche Politiker und die Wirtschaft wieder in ihrer unverfrorenen Art, unsere Renten zu klauen und unsere Sozialversicherungen zu zerschlagen. Anfangs Jahr konnten wir den ganz grossen Rentenklau in der BVG-Volksabstimmung abwehren. Aber der nächste grosse Coup steht schon ins Haus. Im März beschloss die bürgerliche Parlamentsmehrheit in Bern, die Versicherungsleistungen der Arbeitslosenkasse radikal zu kürzen

Das neue Gesetz bringt höhere Beiträge, weniger Taggelder und längere Wartezeiten. Die Revision des Arbeitslosenversicherungs-Gesetzes (AVIG) bringt nur Verschlechterungen:

Für die Arbeitnehmenden und Arbeitgeber höhere Beiträge und weniger Schutz. Für die Arbeitssuchenden weniger Taggelder, weniger Weiterbildung und längere Wartezeiten. Für die Städte und Gemeinden Mehrausgaben bei der Sozialhilfe.

Der Bund will über 600 Millionen Franken jährlich einsparen. Diese Kosten lösen sich aber nicht in Luft auf, sondern werden auf der einen Seite an die Arbeitslosen, auf der anderen Seite an die Städte und Gemeinden abgeschoben. Diese müssen mit Sozialleistungen, Ausbildungs- und Integrationsmassnahmen einspringen, wenn die Leistungen der Arbeitslosenversicherung gekürzt werden.

Die wahren Verursacher der Krise aber kommen einmal mehr ungeschoren davon.

Es ist wirklich unsinnig, ausgerechnet in der Krise die Entlassenen zu bestrafen. Die Arbeitslosenversicherung ist gerade jetzt eine wichtige Stütze der Kaufkraft. Diese Verschlechterungen bestrafen die Arbeitssuchenden, schaden der Wirtschaft, verlängern die Krise und gefährden den sozialen Frieden in der Schweiz.

-

Unsere so genannten Eliten aus Wirtschaft und Politik haben die Welt in eine verheerende Krise geritten. Nun sind wir wütend und regen uns über einzelne unverbesserlich gierige Exponenten à la UBS-Ospel, CS-Dougan und Novartis-Vasella auf. Dabei vergessen wir aber oft das Wichtigste: nicht diese vereinzelt Personen, sondern das gesamte kapitalistische System ist Schuld an diesem Desaster. Diese Abzocker auf allerhöchstem Niveau haben nämlich nur getan, was unser heutiges Wirtschaftssystem zulässt. Sie und viele mehr haben sich gnadenlos bereichert - auf unsere Kosten!

Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben diese Lohnexzesse und vor allem auch die Spekulationsgewinne erarbeitet und bezahlt. Nach dem Crash des Finanzsektors werden nun auch noch unsere Steuergelder für die Rettung dieses Systems benötigt. Während die Staaten gigantische Summen in die Rettung von Finanzinstituten und in die Ankurbelung der Konjunktur pumpen, wetten die gleichen Abzocker und Drahtzieher der Krise nun auf den Kollaps von ganzen Volkswirtschaften und verdienen sich wieder dumm und dämlich. Wohlgermerkt wieder auf unsere Kosten.

Der diesjährige 1. Mai fordert Arbeit, Lohn und Rente statt Profit und Gier. Dabei können wir uns, dem Käfer auf dem Winterthurer Plakat zum Trotz, nicht auf unser Glück verlassen: Eine Änderung unseres höchst ungerechten Systems erreichen wir nur durch eigene Kraft. Wir werden nach den Reden wieder die Internationale singen. Nehmen wir den Text doch auch ernst!

*Es rettet uns kein höh'res Wesen,  
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun  
Uns aus dem Elend zu erlösen  
können wir nur selber tun!*

Retten wir uns also selber. Lehnen wir uns auf. Kämpfen wir zusammen mit Gewerkschaften, linken Parteien und ökosozialen Gruppierungen für eine bessere und gerechtere Zukunft. Stehen wir ein für eine Zukunft mit einer lebenswerten Wirtschaft in einer gesunden Umwelt. Überwinden wir den Kapitalismus. Erkämpfen wir uns mehr Demokratie, auch in der Wirtschaft. Stehen wir ein für Gerechtigkeit, für Fairness und für eine Zukunft in der auch unsere Nachkommen gerne und gut existieren wollen und können. Engagieren wir uns, jede und jeder wo sie kann.

Werden wir uns unserer Stärke bewusst. Wir sind stark als Konsumentinnen und Konsumenten, stark als Arbeitnehmende, stark als Mitglieder von Gewerkschaften, als politische Akteure und als nicht angepasste Mitglieder dieser Gesellschaft.

Ich danke euch für euren Einsatz, für euren Kampf und für eure Solidarität.